

Aufruf zum großen „Tamtam“ gegen Castor-Wahnsinn auf Autobahnen

Über 150 Castor-Transporte nach Ahaus?

Nicht mit uns!

NRW-Ministerpräsident Wüst sagt, „er könne auf jeden Castortransport verzichten“, möchte jetzt aber kein „Tamtam“, wenn die Castor-Lawine nach Ahaus rollt. Denn:



Am 25.8. hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) die Transportgenehmigungen für den hochradioaktiven Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich (FZJ) sowie dem Forschungsreaktor Garching der TU München nach Ahaus erteilt. Damit dürfen über 150 Castor-Behälter in 130t schweren LKW-Gespanssen über die Straßen und Autobahnen rollen.

Zugleich hat das BASE den Sofortvollzug für die Castortransporte aus Jülich angeordnet. Das bedeutet, dass eine Klage keine aufschiebende Wirkung hat. Schätzungsweise dürfte die Polizei mit ihren Vorbereitungen Ende Oktober fertig sein – eventuell auch früher.

Das Jülicher Zwischenlager ist seit 2013 ohne Genehmigung, aber laut Betreiber verfügt es über genügend Sicherheitsreserven. Erdbebenrisiken wurden widerlegt. In Garching gibt es kein Zwischenlager, CSU/CDU fordern Atomkraft, wollen aber den Atommüll loswerden, genau wie die Verursacher in Jülich.

Wir machen Tamtam – denn diese Transporte sind sinnlos und gefährlich

Seit 27 Jahren sollen abgebrannte Brennelemente am jeweiligen Entstehungsort gelagert werden, bis ein Endlager gefunden ist. Damit sollten unnötige und gefährliche Transporte vermieden werden.

Seltsamerweise gilt dies nicht für Atommüll aus Forschungs- und Versuchsreaktoren - dabei ist dieser Atommüll nicht weniger gefährlich und die Transporte über marode Autobahnen und durch Terrorgefahr nicht weniger riskant.

Unter allen genehmigten Zwischenlagern in Deutschland ist Ahaus (neben Gorleben) das mit den niedrigsten Sicherheitsstandards. Auch die Genehmigung des Zwischenlagers Ahaus läuft 2036 aus, die erforderliche Neugenehmigung des 1990 fertig gestellten Atommülllagers ist fragwürdig. Am Castor-Standort Lubmin ist ein Zwischenlager-Neubau mit 1,8m dicken Stahlbeton-Wänden und -Decken geplant!

Auch die Gewerkschaft der Polizei hält die Castortransporte für „sinnlos“ und „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ – im schlechtesten Fall muss sie wenige Jahre nach Ankunft der Castoren in Ahaus wieder deren Abtransport sichern. Riesige Convois mit hunderten Polizeifahrzeugen nachts auf den Autobahnen – das ist „Tamtam“ und dient keineswegs der sicheren Atommüllentsorgung!

Im Zwischenlager Ahaus sind aus technischen und rechtlichen Gründen keinerlei Reparaturen oder Untersuchungen für eine spätere Endlagerung, die mit einer Behälteröffnung verbunden sind, möglich. Dann müssten also erneute Transporte stattfinden. Deshalb fordern wir, dass der Atommüll aus Jülich dort bleibt. Dafür muss eine langfristig sichere neue Lagerhalle gebaut werden. Gleiches gilt für den Atommüll in Garching.



Niemand weiß, wo und wann ein Endlager fertig sein soll. Da ist jegliche Atommüllverschiebung nur Augenwischerei! Oder eine rein juristische Notwendigkeit, weil die Atommüllpolitik aller Koalitionsfarben seit Jahren den Neubau von sicheren Zwischenlagern an den Atommüllstandorten versäumt / verhindert hat! Auch die NRW-Atomaufsicht unter Mona Neubaur hat zu wenig getan und SPD und CDU sind jeweils auf lokaler, Landes- und Bundesebene zu gegensätzlichen Standpunkten gekommen.

Kommt zur „Stopp-Castor“-Demo am 4. Oktober 2025

Auftakt 11 Uhr Rathaus Ahaus – dann Demo zur Transportstrecke

Wir fordern:

Sichere Atommülllager an den Standorten statt Castor-Tamtam auf den Autobahnen!



www.bi-ahaus.de www.sofa-ms.de www.westcastor.org

Wer sind Drahtzieher der Castor-Transporte aus Jülich nach Ahaus?

- In erster Linie das Forschungszentrum Jülich (FZJ) und seine „Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN)“: Schon zwei Jahre, bevor 2013 die Genehmigung für das bestehende alte Zwischenlager in Jülich endete, sprach sich der Aufsichtsrat für den Abtransport des Atommülls aus, um das FZJ „brennstofffrei“ zu machen und damit vermeintlich das Image des FZJ zu erhöhen. Seit diesem Zeitpunkt versucht JEN, den Neubau eines Lagers in Jülich zu verhindern. Noch nicht einmal ein Antrag auf Genehmigung ist gestellt.
- Wenn wir die Verantwortlichkeit der JEN nennen, müssen wir aber sogleich fragen, wer sich denn hinter der JEN verbirgt: Sie wird zu 70% vom Bund und zu 30% vom Land NRW getragen. Zwar hat die Landesregierung NRW erklärt, einen Neubau in Jülich den Transporten nach Ahaus vorzuziehen (Koalitionsvereinbarung CDU/Grüne von 2021), eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Bund dazu findet jedoch nicht statt. Die zuständigen Bundes-Ministerien (Finanzen sowie Bildung und Forschung) lehnen den Neubau in Jülich ab, weil die Verbringung nach Ahaus die billigere Variante sei. Sie weigern sich daher seit Jahren, auch nur dem Kauf eines passenden Grundstücks, das zur Verfügung steht, zuzustimmen.
- Im Jahr 2014 hat die NRW-Atomaufsicht (MWIKE) eine Räumungsverfügung für das bestehende Zwischenlager in Jülich erlassen. Die bisherige Genehmigung für das Lager war 2013 erloschen, gegen einen Weiterbetrieb sprach die fehlende Erdbbensicherheit. Die gilt inzwischen längst als gegeben; lediglich einige Mängel in der IT-Sicherheit gibt es noch. Die Räumungsverfügung wurde aber dennoch nicht aufgehoben, obwohl ein juristisches Gutachten sie als zulässig zugunsten einer befristeten Duldung ansieht. Dafür schieben sich jetzt BASE und MWIKE gegenseitig die Schuld zu: BASE sagt, nur das MWIKE könne die Räumungsverfügung aufheben (und damit den Sofortvollzug abwenden), das MWIKE sagt, dies ginge nur, wenn BASE grünes Licht gibt...

Die Position der Bundesregierung ist inakzeptabel:

- Erstens ist die Kostenrechnung, auf die sie sich stützt, mehr als fragwürdig: So sind zum Beispiel die Kosten der für 152 Transporte notwendigen Polizeieinsätze nicht berücksichtigt. Polizeikosten werden unabhängig von der 70:30 Regelung vom Land NRW bezahlt. Auch die Kosten eventuell zu Reparatur- oder Untersuchungszwecken erneut notwendiger Transporte werden nicht berücksichtigt. Außerdem ist das Zwischenlager in Ahaus nur bis 2036 genehmigt: Bei der zu erwartenden Langzeitlagerung über weitere Jahrzehnte müssten erhebliche bauliche Nachrüstungsmaßnahmen, wenn nicht ein kompletter Neubau der Lagerhalle erfolgen, mit weiteren Kosten in Millionenhöhe.
- Und zweitens: Kostenfragen dürfen niemals über Sicherheitsüberlegungen gestellt werden!

Warum soll Atommüll aus Garching nach Ahaus?

- Die TU München betreibt in Garching einen Forschungsreaktor mit hochangereichertem Uran. Ein Zwischenlager gibt es am Reaktorstandort nicht. Seit 5 Jahren steht der Reaktor wegen Pannen still, die Anzahl der projektierten Untersuchungen wurde bei weitem nicht erreicht. Da das Abklingbecken fast voll ist, kann der Reaktor erst wieder in Betrieb gehen, wenn Atommüll abtransportiert wurde.
- Die Bayerische Landesregierung und das CSU-geführte Bundesforschungsministerium wollen den Reaktor unbedingt wieder in Betrieb nehmen – allerdings wollen sie keine Verantwortung für den Atomwaffenfähigen Atommüll übernehmen!

Deshalb fordern wir:

- Verzicht auf über 152 Castor-Transporte mit Atommüll nach Ahaus!
- Schnellstmögliche Planung und Bau eines neuen, möglichst sicheren Zwischenlagers in Jülich
- Bis dahin befristeter Verbleib der Castor-Behälter in dem bestehenden Jülicher Lager, Aufhebung der Räumungsverfügung!
- Stilllegung des Garchinger Forschungsreaktors und sichere Lagerung des Atommülls beim Verursacher!